



Paul Hendricksen, Julia Rospel

Fluchtort Kommune: zum Beitrag intermediärer Stadtteilmoderation

Sozialräumliche Integration in Essen



Beschleunigte Entwicklungen – beispielsweise vom Beginn einer gelebten Willkommenskultur im Spätherbst 2015 hin zu einer verallgemeinernden Skepsis gegenüber Asylsuchenden nach den Vorfällen der Silvesternacht in Köln oder auch die Schließungen europäischer Grenzen und damit der Balkanroute, Vorstöße zu Gesetzesänderungen und Obergrenzen oder die Kooperation mit der Türkei – kennzeichnen die dynamische Situation rund um das Thema Migration und Flucht nach Europa der letzten Monate. Nach den teilweise chaotischen Zuständen rund um Registrierung und Erstversorgung reüssiert jetzt das Thema Integration, insbesondere in den kommunalen Bezügen. Zunehmend wird die Ankunft der vor Krieg oder Verarmung fliehenden Menschen in den Städten und Gemeinden, mithin in den Essener Quartieren sicht- und erlebbar. Dabei werden häufig die Kommunen im Ruhrgebiet von Geflüchteten als Wohnort ausgewählt, weil sie dort bereits auf bestehende Communities treffen.

Dieser Zuzug bringt zahlreiche lebensweltliche Veränderungen mit sich, mit denen alteingesessene Bürger und Zugewanderte gleichermaßen umgehen müssen. Neben den Herausforderungen für das Zusammenleben gehen mit dieser Situation auch erhebliche Anforderungen an kommunale Verwaltungen und wohlfahrtsstaatliche Institutionen einher. Darauf verweisen auch Zahlen einer Onlinebefragung des vhw, in der mehr als 60% der befragten kommunalen Entscheidungsträger die aktuelle Belastung durch die historische Migrationsbewegung als sehr hoch einschätzen (vgl. Hallenberg 2016, S. 153). „Die zentralen Ursachen der Zuwanderung – Krieg, politische Verfolgung, Klimafolgen, Armut – sind von kommunaler Ebene nicht zu beeinflussen“ (zur Nedden 2015, S. 2) – gleichwohl bilden sich die Folgen hier in aller Deutlichkeit ab. Global verursachte Krisenlagen müssen auf lokaler Ebene getragen und bearbeitet werden, scheinbar ohne dass bereits erprobte Konzepte Orientierung bieten. Es steht die Frage im Raum: Wie schaffen wir das? Und schaffen wir das überhaupt? In der öffentlichen Diskussion ist die Renaissance des Integrations-themas unübersehbar und es wird kontrovers diskutiert, was geschehen muss, um diese „Integration“ auch erfolgreich zu gestalten. Dabei mischen sich in der Debatte unterschiedliche Ebenen und Aspekte des Themas.

Die wissenschaftliche Analyse unterscheidet die strukturelle und systemische Integration (Arbeitsmarkt und Bildung), die politisch-rechtliche Integration (Wahlen und Partizipation), die kulturelle oder identifikatorische Integration (Sprache, Werte, Einstellungen, Lebensstile) und die soziale Integration (Netzwerke, Beziehungen, Beteiligung am gesellschaftlichen Leben)

(vgl. Bude 1998; Häußermann/Siebel 2007, Straßburger 2001; zit. nach Reimann 2013).

Mit Blick auf eine Erhöhung von Teilhabe- und Teilnahmemöglichkeiten der Geflüchteten stellen nach der Erstversorgung eine langfristige Gewährleistung von Wohnraum sowie Zugangsmöglichkeiten zu Bildung und Arbeitsmarktintegration mehrjährige Aufgaben dar. Eine wichtige Ressource und Voraussetzung der Integration ist auch das bürgerschaftliche Engagement in den Sozialräumen, das jedoch abgestimmt, koordiniert und begleitet werden muss (vgl. Reiter 2015). Einigkeit besteht auch bezüglich einer Notwendigkeit miteinander verzahnter und abgestimmter Maßnahmen möglichst vieler Beteiligten und eines kontinuierlichen Dialogs mit den Bürgern vor Ort (vgl. Lohse/Maly 2015, S. 3).

Unabhängig davon, ob der Integrationsprozess primär als Anforderung an die äußerst heterogenen Migrantengruppen oder gleichermaßen als Aufgabe der Aufnahmegesellschaft skizziert wird, gewinnen die lokale Ebene und die jeweils spezifischen Kontextbedingungen zunehmend an Bedeutung bei der Bewältigung der Integrationsherausforderungen. Dabei werden sozialräumliche Strategien, wie der Einsatz von Quartiersmanagement und Gemeinwesenarbeit und damit erprobte Verfahren aus dem Kontext der Sozialen Stadt, seit längerem, zum Beispiel vom Deutschen Städtetag oder auch aktuell von der Bundesarbeitsgemeinschaft Soziale Stadt sowie der Sektion Gemeinwesenarbeit der Deutschen Gesellschaft für Soziale Arbeit als mögliche Strategien

zur Unterstützung gelingender Integration in die Stadtteile vorgeschlagen und gefordert.¹

Im Kontext integrierter sozialräumlicher Strategien kann in der Stadt Essen auf eine Tradition der sozialen Stadtteilentwicklung zurückgegriffen werden und somit mithilfe bereits bewährter Konzepte auf die – gar nicht so neuen – Herausforderungen reagiert werden. Im Folgenden soll das Essener Modell Quartiersmanagement kurz skizziert werden, um daran anschließend insbesondere die Funktion und Leistungen intermediärer Stadtteilmoderation im Kontext des Integrationsthemas in den Quartieren zu beleuchten. Es werden Erkenntnisse und Herausforderungen aus der Praxis in den Quartieren aufgezeigt und der Beitrag einer intermediären Stadtteilmoderation im Rahmen des Quartiersmanagements zu einer sozialräumlichen Integration herausgestellt.

Segregation und Integration in den Essener Quartieren

Bereits im Vorfeld der großen Flüchtlingsbewegung nach Europa war das Thema Integration von Zuwanderern in den Essener Quartieren zentral, seit Herbst letzten Jahres hat sich die Dynamik jedoch wesentlich erhöht. Mittlerweile leben in Essen laut dem Amt für Statistik, Wahlen und Stadtforschung bereits über 7.000 Syrer und 4.000 Iraker, und der Zuzug hält weiter an. Ein Blick zurück zeigt, bereits am 30. Juni 1981 hat der Kommunalverband Ruhrgebiet die Erstellung eines Handlungsprogramms zur Integration der ausländischen Bevölkerung im Stadtteil Essen-Katernberg in Auftrag gegeben, worauf eine konsequente Entwicklung stadtteilbezogener, bereichsübergreifender Arbeitsansätze in Essen folgte. Während es sich 1981 primär um türkischstämmige Arbeitsmigranten und deren Familien handelte (vgl. Kommunalverband Ruhrgebiet 1981) und zu Beginn der neunziger Jahre die Migration von Menschen mit libanesischen Wurzeln die nördlichen Essener Stadtteile zunehmend prägte und herausforderte, ist jetzt das Thema durch den Zuzug von EU-Bürgern sowie Flüchtlingen mit Bleibeperspektive aus Syrien und dem Irak konturiert.

Mit dem Beginn der Eröffnung unterschiedlicher Behelfs- und Dauereinrichtungen, insbesondere im Herbst 2015, ist das Thema in den Essener Stadtteilen wieder besonders präsent und wird vor Ort kontrovers diskutiert. Vor allem die Errichtung sogenannter Zeltdörfer und anderer größerer Behelfseinrichtungen stellt alle Beteiligten vor enorme Herausforderungen. In Essen wird das Thema Verteilung der neuen Mitbürger auf das Stadtgebiet besonders kontrovers diskutiert, da die sozialräumliche Segregation bereits jetzt weit fortgeschritten ist und der Essener Norden in Bezug auf alle Sozialindikatoren weitaus belasteter ist als der Süden (s. Abb. 1). Befürchtet wird eine weitere Verschärfung dieser sozialräumlichen Spaltung – dem deutlich beobachtbaren Nord-Süd-Gefälle, das

sich beispielsweise anhand der Zahlen der Alleinerziehenden, Transferleistungsbeziehenden oder der Zahl der Inanspruchnahme von Hilfen zur Erziehung manifestiert (vgl. Bildungsbericht Stadt Essen 2011, S. 36 ff.). Eine Aufweichung dieses Gefälles ist, auch auf Grund des stark unterschiedlichen Mietniveaus in der Stadt, im Zusammenhang der aktuellen Entwicklungen nicht zu erwarten und stellt somit die ohnehin belasteten Quartiere, ihre Einwohner und Institutionen vor große Herausforderungen.

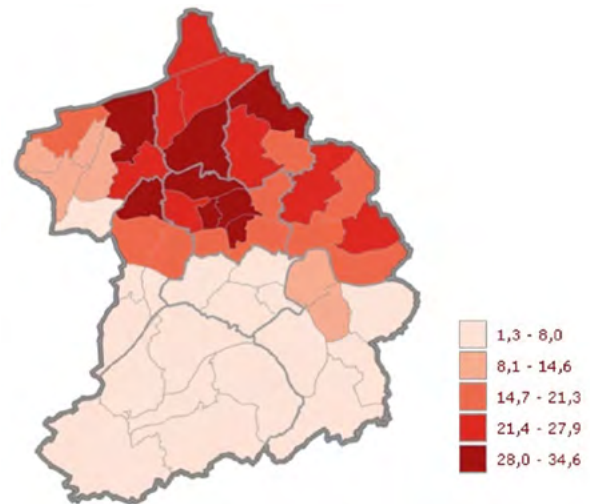


Abb. 1: Dichte von Personen mit Bezug von existenzsichernden Leistungen am 31.12.2014 in der Stadt Essen (Quelle: Stadt Essen, Amt für Statistik, Stadtforschung und Wahlen)

Das Essener Modell Quartiersmanagement

In Essen wird u.a. aufgrund dieser Datenlage in zwei Programmgebieten der Sozialen Stadt (Bezirk VI Zollverein/Altenessen Süd-Nordviertel) mit dem sogenannten Essener Modell Quartiersmanagement (vgl. Grimm 2004) daran gearbeitet, die lebensweltliche und kommunal/systemische Perspektive besser miteinander zu verzahnen und in den Dialog zu bringen. Zentrale Besonderheit und Angelpunkt des Essener Ansatzes ist dabei die Nutzung einer professionellen intermediären Funktion, den sogenannten Stadtteilmoderatoren. Bei der Stadtteilmoderation handelt es sich laut Fehren um eine professionelle intermediäre Instanz, die sowohl horizontal als auch vertikal Vernetzungsprozesse in den jeweiligen Gebieten vorantreibt (vgl. Fehren 2015 S.251ff.). Grimm/Hinte/Litges (2004) charakterisieren intermediäre Instanzen unter anderem in Anlehnung an Huber (1980) und Selle (1990) als Drehpunktpersonen, Change Agents, Brückeninstanzen, die Kontakte im Sozialraum langfristig aufbauen, schaffen und halten. Charakteristisch für die intermediäre Funktion der Stadtteilmoderation ist eine starke Verbindung mit den verschiedenen Akteursebenen vor Ort, bei gleichzeitiger relativer Unabhängigkeit von ihnen.

Diese Ebenen umfassen die Bewohner des Quartiers, die stadtteilrelevanten Institutionen sowie kommunale Verwaltung und Politik. Damit intermediäre Instanzen zwischen diesen Ebenen

¹ Vgl. www.bagsozialestadtentwicklung.de



vermitteln und ggf. bestehende Routinen positiv irritieren können, benötigen sie sowohl eine Top-down- als auch eine Bottom-up-Legitimation sowie ein tendenziell kooperatives Umfeld von Institutionen und Zivilgesellschaft. Dieses sensible Gleichgewicht setzt voraus, dass die intermediären Stadtteilmoderatoren nicht der kommunalen Verwaltung angehören, sondern möglichst unabhängig (im Sinne von interessensneutral) arbeiten und agieren können. Die Stadt Essen hat sich bereits vor 30 Jahren dazu entschieden, die intermediäre Funktion am Institut für Stadtteilentwicklung, Sozialraumorientierte Arbeit und Beratung (ISSAB) der Universität Duisburg-Essen anzusiedeln. So wird der Stadtteilmoderation ein hohes Maß an Unabhängigkeit eingeräumt, gleichzeitig bleibt sie sowohl durch kommunale Politik und Verwaltung als auch durch Akteure des Stadtteils kontrollierbar. Für die Stadtteilmoderatoren stehen der jeweilige Raum und die Themen der Bewohner und lokalen Akteure im Vordergrund. Sie arbeiten dabei eng mit der Stadtteil- und Gemeinwesenarbeit vor Ort als auch den kommunalen Entscheidungsträgern zusammen². Modelle intermediärer Stadtteilmoderation werden neben Essen u.a. auch in Hamburg, Berlin und Köln umgesetzt.

Intermediäre Stadtteilmoderation im Kontext des Themas Flucht und Migration

Auch wenn die Wohnbevölkerung in den sogenannten benachteiligten Quartieren bereits seit Jahren verstärkt Integrationsarbeit leistet, stellt die aktuelle Situation eine besondere Herausforderung für alle Beteiligten dar. Den Stadtteilmoderatoren obliegt daher von Beginn an, die bürgerschaftlichen Aktivitäten und Initiativen vor Ort, die sich mit dem Thema auseinandersetzen, zu unterstützen, miteinander zu verzahnen und sensibel auch mit Kritikern und Ablehnung umzugehen. Wie vielerorts haben sich rund um die neu entstehenden Einrichtungen Runde Tische gebildet, in denen themenbezogen diskutiert und ehrenamtliches Engagement gebündelt wird. Dabei wurde deutlich, dass insbesondere zu Beginn der Migrationsbewegung in die Stadtteile ein hoher Bedarf und Druck bestand, Interessen, Ängste und Fragen von potenziellen Ehrenamtlichen aufzugreifen und sie bei der Ausübung ihrer Tätigkeiten und Bildung der Runden Tische zu unterstützen. Nach wie vor werden die Initiativen vor Ort durch die Moderation unterstützt und punktuell begleitet. Nach der anfänglichen Euphorie der Unterstützung steht mittlerweile auch der

Umgang mit Konflikten unter Ehrenamtlichen sowie die Stabilisierung oder Veränderung bereits bestehender Strukturen auf der Tagesordnung.

Weitere Leistungen der Stadtteilmoderation umfassen ein breit gefächertes Tätigkeitsfeld. Im Themenfeld Migration und Flucht ist die Aktivierung von Bewohnern und Vereinen, die Erschließung von Ressourcen über Programme und Spenden, die Entwicklung sozialräumlich angepasster Projekte oder die Verbindung mit kulturellen Aktivitäten³ im Themenfeld maßgeblich. Weiterhin sind die Moderatoren auch Ansprechpartner oder Unterstützer hauptamtlicher Einrichtungsleitungen bei der Vernetzung im Sozialraum, moderieren und initiieren professionelle Arbeitskreise zur Bearbeitung von Schnittstellen und halten regel-

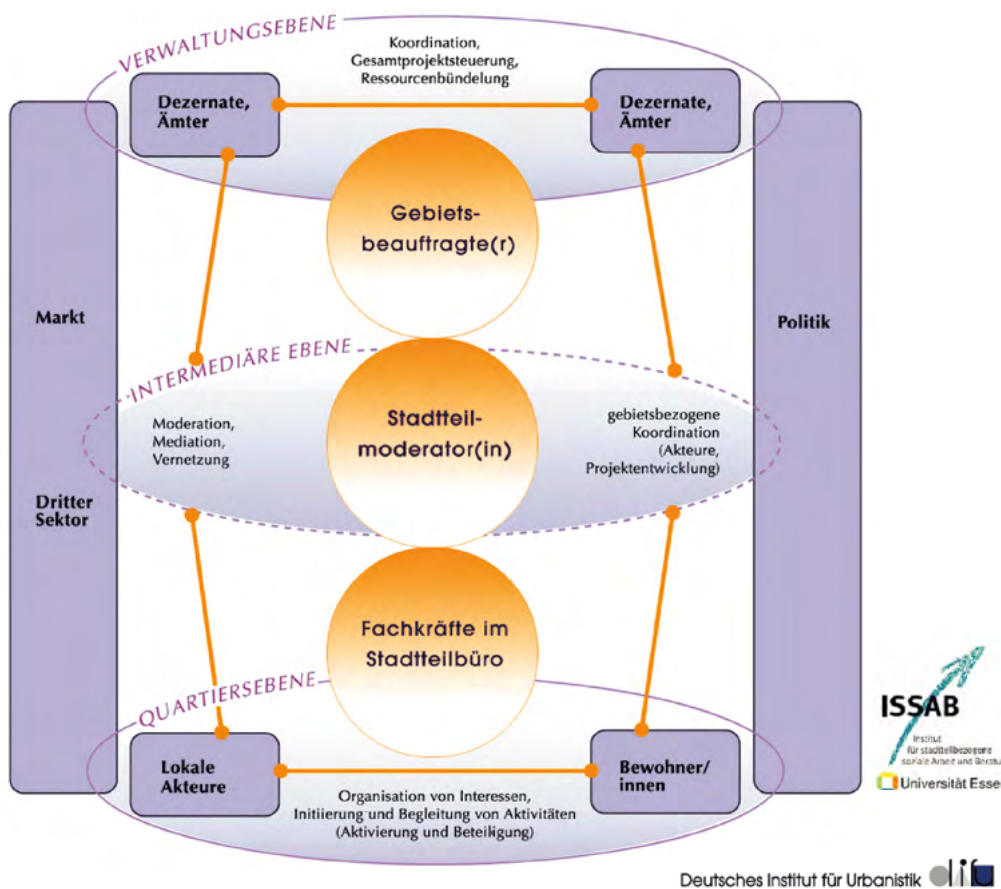


Abb. 2: Schema der Stadtteilmoderation

² Die Erkenntnisse aus dieser Arbeit fließen momentan in die Ausgestaltung kommunaler Handlungskonzepte mit ein und werden somit zu einer Grundlage für die weitere Arbeit in weiteren Essener Quartieren.

³ Im September 2016 wird im Stadtteil Essen-Katernberg ein interaktives Theaterstück zum Thema Flucht und Migration aufgeführt: „Dorthin wo Milch und Honig fließen“. <https://archiv.engagement-global.de/theater.html> Dabei handelt es sich um eine Produktion zum Thema Flucht, die vor Ort in enger Kooperation mit lokalen Akteuren sowie bereits bestehenden Migrantengruppen umgesetzt wird.



mäßig Rücksprache mit Politik und Verwaltung. Angesichts der bestehenden Kontroversen rund um das Thema Migration stehen auch das Herstellen von Öffentlichkeit, das Schaffen von Kommunikationsorten und damit der systematische Einbezug aller Stadtteilbewohner und interessierten Institutionen besonders im Fokus. Auf Grund der breiten Vernetzung im Themenfeld dienen Stadtteilmoderatoren immer auch als Informationsquelle für Entscheidungsträger oder interessierte Bewohner.

Erkenntnisse und Perspektiven aus der Praxis

Die Erfahrungen und Erkenntnisse aus der Arbeit in den Essener Quartieren sind mannigfaltig und in Kürze kaum darstellbar. An dieser Stelle sollen daher zwei in der Ausrichtung unterschiedliche Beispiele aus der Praxis skizziert werden, um das quartiersbezogene Wirken von Stadtteilmoderation im Kontext des Themas Migration und dessen Folgen in kommunalen Bezügen zu illustrieren. Dabei handelt es sich beim ersten Beispiel um die Organisation von bereichsübergreifenden Dialogen mit Akteuren, die in der Regel nicht an einen Tisch finden, beim zweiten um die Entwicklung eines stadtteilbezogenen Projekts „Mobile Bildungsbaustelle“ zur Unterstützung geflüchteter Familien im Kontext der integrierten Stadtteilentwicklung.

Beispiel 1: Initiierung von Gesprächsrunden mit Politik und besorgten Bürgern zum Thema Folgen der Migration für die Quartiere

Im April 2016 hat im Essener Bezirk VI Zollverein eine Protestkundgebung stattgefunden, bei der die Initiatoren u.a. auf die ungleiche Verteilung von Geflüchteten im Stadtgebiet aufmerksam machen wollten. Die Stadtteilmoderation hat im direkten Anschluss die Stimmung vor Ort aufgegriffen und zwei Dialogrunden mit den Initiatoren der Kundgebung sowie Stadtteil- und Ratspolitik, Vertretern aus Ehrenamtlichen der Runden Tische sowie lokalen Institutionen koordiniert und moderiert. Im Rahmen der Treffen wurden die Ängste und Sorgen der Stadtteilbewohner sowie die bereits bestehenden Aktivitäten der Politik offen und teilweise konflikthaft diskutiert. Es wurden systematisch Herausforderungen und Chancen für den Stadtteil erarbeitet und dokumentiert sowie gemeinsam nach Lösungsmöglichkeiten für die Befürchtungen der Anwohner gesucht. Der Austausch war anfänglich geprägt durch Misstrauen, eine immanente Vorwurfshaltung gegenüber Entscheidungsträgern sowie politisches Lagerdenken.

Aus Sicht der beteiligten Bewohner hat das Gespräch zu einer Versachlichung des Themas beigetragen, viele der Ängste und Sorgen der Anwohner relativiert und einen Prozess der weiteren Beteiligung in Gang gesetzt. Für die kritischen Bewohner wurde transparent, welche Ansprechpartner ihnen sowohl in Politik als auch Verwaltung zur Verfügung stehen und welche

Schritte bereits gegangen wurden, um das Thema, auch unter Beteiligung, weiter zu gestalten. Durch die neutrale Rolle der Stadtteilmoderation und die bestehenden Verbindungen zu Politik und lokalen Initiativen konnten die Gesprächspartner trotz der gespannten Ausgangssituation und der unterschiedlichen Einstellungen in einen konstruktiven Dialog gebracht werden, den es weiter zu gestalten und zu organisieren gilt. Alle Ergebnisse wurden dokumentiert und können für den weiteren Prozess im Stadtteil genutzt werden.

Beispiel 2: Mobile Bildungsbaustelle

Ein Bauwagen (s. Abb. 3) auf dem Gelände einer ehemaligen Grundschule – der Tiegelschule – die als Flüchtlingsunterkunft für 310 Menschen zurzeit hauptsächlich durch Familien aus dem Irak, Syrien, Afghanistan, Eritrea sowie Bosnien-Herzegowina genutzt wird, wird in den nächsten drei Jahren ein Kristallisationspunkt für Bildungs-, Integrations- und Stadtteilarbeit im Essener Nordviertel. Das Nordviertel mit 8.000 Einwohnern ist ein kleiner, innenstadtnaher und überproportional belasteter Stadtteil von Essen, Standort der Universität und seit Ende des Jahres 2012 Programmgebiet der Sozialen Stadt. Neben der kontrovers diskutierten Initiative der Stadt Essen und eines Wohnungsriesen, das Nordviertel durch die Modernisierung eines Großteils der Wohnungsbestände aufzuwerten, ist es zurzeit „Heimat“ von über 1.000 Geflüchteten in Unterkünften und Wohnungen und auf Grund seiner Struktur und Lage weiterhin insbesondere für Migrantencommunities interessant.

Unter Federführung der Stadtteilmoderation konnte in Kooperation mit Akteuren aus dem Runden Tisch Tiegelschule sowie dem privaten Träger der Einrichtung European Home-care (EHC) ein dreijähriges Projekt auf den Weg gebracht werden. Eine sozialarbeiterische Fachkraft hat dabei die Aufgabe, in Zusammenarbeit mit den Geflüchteten unter Berücksichtigung ihrer Interessen, Ressourcen und Selbsthilfepotenziale den Bauwagen sowie den umgebenden Ort zu gestalten und zu einem Kommunikationsort im Stadtteil werden zu lassen. Die Fachkraft ist Ansprechpartnerin für die Kinder und Familien der Einrichtung und im Stadtviertel und soll darüber hinaus mit Nachbarschaft und Institutionen zusammenarbeiten. Ziel ist es, insbesondere Familien und Jugendliche beim Ankommen in der Gesellschaft zu begleiten und gemeinsam mit den bestehenden Netzwerken das Aufwachsen im Nordviertel vor dem Hintergrund einer Bildungs- und Präventionskette zu unterstützen. Das Projekt wird intensiv durch die Stadtteilmoderation begleitet und dadurch zum Bestandteil der integrierten Stadtteilentwicklung im Nordviertel. Durch die gute Vernetzung und Einbindung vor Ort sowie die erfolgreiche Beantragung von Mitteln über die Anneliese Brost Stiftung und Open Grid Europe konnte das Projekt auf den Weg gebracht werden. Die Ergebnisse der Projektarbeit werden über den gesamten Zeitraum durch die Universität Duisburg-Essen dokumentiert und evaluiert.



Abb. 3: Bauwagen auf dem Sommerfest an der Tiegelschule

Im Folgenden werden ausgewählte Aktivitäten und Maßnahmen dargestellt, welche die Stadtteilmoderatoren in unterschiedlicher Intensität begleitet und unterstützt haben. Diese haben sich im bisherigen Prozess als hilfreich zur Bearbeitung des Themas dargestellt:

- Initiierung von Bürgersprechstunden in der Nähe der jeweiligen Großunterkünfte zur Klärung von Sorgen und Ängsten der direkten Anwohner;
- Herstellung von Transparenz durch die Stadtverwaltung bzgl. der bevorstehenden Maßnahmen, der direkten Ansprechpartner, insbesondere bei der Schaffung von Unterkünften in den Stadtteilen;
- enge Kooperation im Rahmen der Runden Tische zwischen hauptamtlichen Akteuren aus den Stadtteilen – zum Beispiel Schulen, Jugendhäuser, Vereine – sowie den Ehrenamtlichen und Trägern der jeweiligen Einrichtungen;
- direkte Ansprache der Nachbarschaft in der Nähe von Flüchtlingseinrichtungen und Einbindung in Feste, Runde Tische und andere Aktivitäten;
- direkte Ansprache von Vereinen und Institutionen im Stadtteil, um Integrationsmöglichkeiten auch für Vereine mit Berührungängsten aufzuzeigen;
- Gründung ämterübergreifender, sozialraumbezogener Arbeitskreise u.a. zur Bearbeitung der Schnittstellen und Bündelung von Ressourcen zwischen Stadtteilarbeit, Flüchtlingsbetreuung der Wohlfahrtsverbände und Stadtverwaltung;
- langfristig angelegte, offene Angebote im Quartier zum Beispiel Erzählcafés in der Nähe der jeweiligen Unterkünfte, bei denen alle Anwohner miteinander in Kontakt treten können und somit Kontakte im Sozialraum entstehen.

Herausforderungen

Zentrale Herausforderungen für die Kommunen werden wei-

terhin die Schaffung von ausreichend Wohnraum, die Integration Geflüchteter in Arbeit, das Thema Sprachvermittlung sowie der Ausbau und die Anpassung bestehender Strukturen in Schule, Kindertagesstätten und Gesundheitssystemen sein. In Kooperation mit dem ISSAB und vhw wurde im März 2016 ein Werkstattgespräch zum Thema: „Fluchtort Kommune“ in Essen durchgeführt und diese Herausforderungen mit zentralen Entscheidungsträgern diskutiert und weiter bearbeitet.⁴

Nach den ersten Monaten des Zusammenlebens und -arbeitens vor dem Hintergrund des Zuzugs der Geflüchteten kristallisieren sich neben den darin liegenden Chancen und den bereits erfolgten positiven Schritten und Maßnahmen zahlreiche weitere Herausforderungen auf Quartiersebene heraus, denen bisher nicht ausreichend begegnet werden konnte. Ausgewählte sollen hier kurz dargestellt werden:

- **Der Einbezug von bereits bestehenden Migrantencommunities, Migrantenselbstorganisationen (MSOs) und Moscheevereinen:** Auch auf Grund der eigenen „tendenziell benachteiligten Situation“ in Deutschland fällt es bestehenden Migrantencommunities, wie auch sozial benachteiligten deutschen Milieus, teilweise schwerer die neuen Mitbewohner in den Stadtteilen „willkommen“ zu heißen. Dabei steht häufig die Aufforderung an Politik im Raum, doch erstmal die bestehende Bewohnerschaft Deutschlands entsprechend zu unterstützen. Beim Einbezug von MSOs und Moscheevereinen besteht darüber hinaus die Schwierigkeit, dass dort wenig professionelle Strukturen vorhanden sind. Diese Tatsache erschwert eine geregelte Kooperation und stellt hohe Anforderungen an die ehrenamtlich geführten Vereine.
- **Unterstützung von Geflüchteten in Wohnungen:** Zahlreiche Geflüchtete kommen aus den Sammelunterkünften jetzt in den Wohnungen und Häusern der Stadtteile an – in Essen zunehmend auch aus anderen Gemeinden und Städten im Bundesgebiet. Dies führt zu einem enormen Druck auf dem Wohnungsmarkt, insbesondere im niedrigen Preissegment. Darüber hinaus besteht ein hoher Unterstützungsbedarf der Menschen beim Ankommen in den Quartieren sowie der Abwicklung der zahlreichen bürokratischen Anforderungen. Zunehmend wird auch von kriminellen Strukturen berichtet, die sich durch die Bereitstellung von vernachlässigtem Wohnraum oder die Vermittlung kostenpflichtiger Unterstützung die Situation Geflüchteter zu Nutze machen.
- **Der Einbezug von Geflüchteten:** Die nach Deutschland kommenden Menschen haben häufig traumatisierende Erfahrungen hinter sich und sehen sich hier mit einer ihnen häufig fremden Lebenswelt konfrontiert. Gleichzeitig ist ihre Situation einerseits von großer Unsicherheit hinsicht-

⁴ Die Dokumentation des Werkstattgesprächs ist unter: https://www.uni-due.de/imperia/md/content/fluechtlinge/fluchtort_kommune_sozialraeumliche_integratio.pdf zu erhalten.



lich ihrer Bleibeperspektive und andererseits insbesondere in den Massenunterkünften von mangelnder Tagesstruktur und fehlenden Beschäftigungsmöglichkeiten geprägt. Interessen, Wissen und Können der Menschen zu erkennen, aufzugreifen und sie bei der Organisation und Artikulation ihrer Interessen zu unterstützen, müssen ebenfalls zu den Integrationsaufgaben gehören. Dies gelingt bisher, auch auf Grund der Sprachbarrieren, noch nicht ausreichend.

Schlussbetrachtung

Während die Grundlagen struktureller und politisch-rechtlicher Integration der Flüchtlinge primär auf europäischer und Bundesebene geschaffen werden müssen und das Thema Arbeitsmarktintegration noch am Anfang steht, lassen sich die identifikatorischen und insbesondere sozialen Integrationsmomente auf sozialräumlicher Ebene bearbeiten und unterstützen. In diesem Kontext ist es zentral, sowohl die Aufnahmegesellschaft in den Quartieren einzubeziehen als auch die Migranten selbst anzusprechen und zu beteiligen und dabei ihr „(Mit-)Gestaltungspotenzial als Akteure eigener Kompetenz“ (Selle 2013, S. 46) zu würdigen sowie ihre Aktivitäten im Zusammenhang mit soziokultureller Quartierentwicklung zu sehen (vgl. ebd., S. 47).

Im Gegensatz zu wichtigen zielgruppenspezifischen, einzelfallorientierten Angeboten der Flüchtlingsarbeit ermöglicht das Modell einer intermediären Stadtteilmoderation im Kontext von Quartiersmanagement die Bearbeitung des Themas auf lokaler Ebene in Abstimmung mit möglichst vielen relevanten Akteuren. Wie bereits seit vielen Jahren erprobt sind dabei lokale, relativ unabhängige Vernetzungsinstanzen, die sowohl in die Politik als auch in die kommunale Verwaltung Verbindungen aufbauen und die Bedarfe vor Ort kennen und aufgreifen, ein wichtiger Kristallisationspunkt. Stadtteilmoderatoren haben als eben solche Instanzen dabei stets eine doppelte Stoßrichtung. Einerseits unterstützen und entlasten sie sowohl kommunale Verwaltungen und Wohlfahrtsverbände bei der institutionellen Bewältigung des Themas und kooperieren dabei gleichzeitig systematisch mit zivilgesellschaftlichen Akteuren, andererseits weisen sie auf Problemstellen hin und konfrontieren die handelnden Akteure mit notwendigen Anforderungen und Schwierigkeiten. Vor dem Hintergrund der Frage ‚Schaffen wir das überhaupt?‘ können daher Modelle wie das Essener Quartiersmanagement Möglichkeiten bieten, Auswirkungen europäischer und globaler Entwicklungen auf sozialräumlicher Ebene kooperativ zu bearbeiten und den Einflusshorizont der (alten und neuen) Bevölkerung zu erweitern.

Quellen:

Bundesarbeitsgemeinschaft Soziale Stadtentwicklung und Gemeinwesenarbeit (2016): BAG Position und Forderungen zur langfristigen Integration von Geflüchteten Bundesarbeitsgemeinschaft URL: <http://www.bagsozialestadtentwicklung.de/artikel/positionspapier-ankommen-im-gemeinwesen> (letzter Zugriff: 22.07.16)

Bundesarbeitsgemeinschaft Soziale Stadtentwicklung und Gemeinwesenarbeit (2016): „Ankommen im Gemeinwesen: Inklusive Gemeinwesenarbeit in neuen

Nachbarschaften“. URL: <http://www.bagsozialestadtentwicklung.de/artikel/positionspapier-ankommen-im-gemeinwesen> (letzter Zugriff: 22.07.16)

Drilling, M./Oehler, P. (2013): Soziale Arbeit, Gemeinwesenarbeit und Stadtentwicklung. Eine theoriegeschichtliche Spurensuche. In: Dies. (Hrsg.): Soziale Arbeit und Stadtentwicklung. Forschungsperspektiven, Handlungsfelder, Herausforderungen. Wiesbaden, S.13-42.

DST; Deutscher Städtetag (ed.) (2007): Integration von Zuwanderern. Erfahrungen und Anregungen aus der Praxis in den Städten. Berlin und Köln.

Emcke, C. (2015): Macht. URL: <http://www.sueddeutsche.de/politik/kolumne-macht-1.2634521> (letzter Zugriff: 12.05.2016)

Fehren, O. (2008): Wer organisiert das Gemeinwesen? Zivilgesellschaftliche Perspektiven Sozialer Arbeit als intermediärer Instanz. Berlin.

Fehren, O. (2015): Amphibische Wesen: Die intermediäre Anreicherung des Quartiersmanagements. In: Forum Wohnen und Stadtentwicklung Heft 5/2015, Berlin, S. 251-254.

Grimm, G. (2004): Stadtentwicklung und Quartiersmanagement. Entwicklung und Aufbau lokalspezifischer Organisations- und Steuerungsstrukturen. Essen.

Grimm, G./Hinte, W./Litges, G. (2004): Quartiersmanagement. Eine kommunale Strategie für benachteiligte Wohngebiete. Berlin.

Häußermann, H./Siebel, W. (2007): Integration trotz Segregation – zum Stand der wissenschaftlichen Debatte. In: Verbundpartner „Zuwanderer in der Stadt“ (eds.) (2007): Handlungsfeld: Stadträumliche Integrationspolitik. Ergebnisse des Projektes „Zuwanderer in der Stadt“. Darmstadt, S. 92-119.

Hallenberg, B. (2016): Chancen und Herausforderungen: die Flüchtlingsthematik aus Sicht der Kommunen und Kreise 2016. In: vhw Forum Wohnen und Stadtentwicklung. Heft 3/2016, Berlin, S. 153-154.

Kommunalverband Ruhrgebiet (1981): Ausländerintegration in Essen-Katernberg (Handlungsprogramm). Essen.

Lohse, E./Maly, U. (2015): Zuwanderung reduzieren und Integration neu ausrichten. In: Special Difu-Berichte, Heft 4/2015, Berlin, S. 3-22.

Reimann, B. (2013): Integration von Zuwanderern im Quartier: Ausgangslage, Herausforderungen und Perspektiven. In: Drilling, M./Oehler, P. (2013): Soziale Arbeit, Gemeinwesenarbeit und Stadtentwicklung. Eine theoriegeschichtliche Spurensuche. In: Dies. (Hrsg.): Soziale Arbeit und Stadtentwicklung. Forschungsperspektiven, Handlungsfelder, Herausforderungen. Wiesbaden, S. 193-208.

Reiter, D. (2015): Empathie wecken, nicht nur Sachinformationen vermitteln. URL: <http://www.bpb.de/politik/extremismus/rechtsextremismus/207401/vier-stimmen-zum-handlungsspielraum-der-kommunen-in-der-fluechtlingspolitik> (letzter Zugriff: 02.04.2016)

Selle, K. (2013): Über Bürgerbeteiligung hinaus: Stadtentwicklung als Gemeinschaftsaufgabe? Detmold.

Stadt Essen (2011): Der Bildungsbericht 2011. URL: https://media.essen.de/media/wwwessende/aemter/bildungsbuero/Bildungsbericht_2011.pdf (letzter Zugriff: 20.07.2016)

Stadt Essen (2016): Amt für Statistik, Stadtforschung und Wahlen URL: https://www.essen.de/rathaus/aemter/ordner_12/sozialatlas_1.de.html (letzter Zugriff: 22.07.2016)

Zur Nedden, M. (2015): Die Situation ist da. In: Special Difu-Berichte, Heft 4/2015, Berlin, S. 2-5.

Paul Hendricksen,
Dipl.-Sozialpäd., Dipl.-Sozialarb., Master of Social Work,
Schwerpunkt Stadtteilentwicklung als Stadtteilmoderation
im Essener Bezirk VI Zollverein, Institut für Stadtteilentwicklung,
Sozialraumorientierte Arbeit und Beratung (ISSAB)
der Universität Duisburg-Essen

Julia Raspel,
Dipl.-Sozialpäd., Dipl.-Sozialarb., Master of Social Work,
Schwerpunkt Forschung zu Stadtteilentwicklung und
Kinderschutz, Institut für Stadtteilentwicklung, Sozialraumorientierte Arbeit und Beratung (ISSAB) der Universität
Duisburg-Essen